



SPD



SPD

DAS WIR ENTSCHEIDET.

SPD-Bezirk Hannover | *Bezirksparteitag am 8. Juni 2013*

BESCHLÜSSE

Herausgeber

SPD-Bezirk Hannover
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
www.spd-bezirk-hannover.de

Beschlussübersicht

Nr.:	Titel	Empfehlung Antragskom. Beschluss	Adressat
Eo1	Resolution Europa – Jetzt neu anpacken National-egoistische Tendenzen zurückdrängen	Annahme einstimmig	Landesparteitag SPD-BTF
Bo1	Gruppengröße in Kindergartengruppen	Annahme in geänderter Fassung mehrheitlich	Landesparteitag SPD-LTF
Bo2	Interessante Bildung: Vorgaben und Lehrpläne überprüfen	Material einstimmig	SPD-Landtagsfraktion
Bo3	Transparenz der Drittmittelfinanzierung von Forschung an Universitäten	Annahme 2 Enthaltungen	Landesparteitag SPD-LTF
INIo1	Naziaufmarsch in Bad Nenndorf verhindern - ...	Annahme Fassung der Antragskommission	
Fo1	Nachhaltige Finanzpolitik gestalten: Kräfte bündeln, Handlungsfähigkeit sichern	Annahme mit Änderungen	Landesparteitag Bundesparteitag
Fo2	Rückführung zweckentfremdeter „freiwilliger Pensionsrückstellungen“	Material einstimmig	SPD-LTF
Go1	Nutzung von Produkten aus artgerechter Haltung	Annahme in geänderter Fassung 1 Gegenstimme	Bezirksvorstand Gliederungen im SPD-Bezirk SPD-LTF
Go2	Änderungsantrag zum Regierungsprogramm	Annahme in geänderter Fassung Einstimmig	Bundesparteitag
Go3	Beseitigung des generellen Blutspendeverbots von homo- und bisexuellen Männern	Annahme 2 Enthaltungen	Bundesparteitag SPD-BTF
Go4	Beseitigung des generellen Blutspendeverbots von homo- und bisexuellen Männern	Erledigt durch Annahme von G 03	
Go5	Kostenabrechnung für Fallpauschalen in der Palliativmedizin	Annahme in geänderter Fassung 2 Gegenstimmen	SPD-LTF SPD-BTF
Go6	Die SPD geht seit über 100 Jahren von der Gleichstellung von Männern und Frauen aus	Erledigt durch Beschluss beim SPD-BPT 2013 Regierungsprogramm Mehrheitlich angenommen	
Go7	Reform der gesetzlichen Rentenversicherung für eine auskömmliche Altersvorsorge	Erledigt durch Beschluss des Rentenkonzepts 24.11.2012 SPD BPT 2013 Annahme 1 Gegenst./3 Enthaltungen	
Go8	Überprüfung von Hygieneregeln	Überweisung an SPD-Landtagsfraktion einstimmig	SPD-Landtagsfraktion

SPD-Bezirk Hannover | Beschlüsse vom ordentlicher Bezirksparteitag am 8. Juni 2013

G09	Rückführung der Landeskrankenhäuser in die öffentliche Hand	Annahme in der Fassung der Antragskommission und Prüfauftrag an die SPD LTF vier Gegenstimmen	Landesparteitag SPD-LTF
G10	Das Ehrenamt tatsächlich würdigen – für eine bessere Stellung in der Gesellschaft	Überweisung als Material an die SPD LTF einstimmig	SPD-LTF
G11	MRSA-Vorsorgeprogramm	Überweisung als Material an SPD-LTF und SPD-BTF einstimmig	SPD-LTF SPD-BTF
G12	„Pille danach“ freigeben – Unnötige Hürden abbauen	Annahme Bei Enthaltungen und Gegenstimmen	SPD-BTF
G13	Bedürfnissen von Opfern schwerer Gewalt Rechnung tragen – für eine Einschränkung von gerichtlichen Absprachen Änderung	Annahme in der Fassung der Antragskommission und Änderung Enthaltungen, Gegenstimmen	SPD-BTF
G14	SPD – Familienfreundlichkeit in der Partei verbessern	Annahme einstimmig	Auftrag BZV und alle Gliederungen SPD-Bezirk Hannover
G15	Frauenförderung im Bezirk Hannover intensivieren	Annahme	Gliederungen SPD-Bezirk Hannover
	Änderungsantrag Ä 1 Angenommen (1 Enthaltung)	einstimmig	
G16	Resolution: Kampf dem Sexismus in der SPD!	Annahme Fassung Antragskommission Mehrheitlich angenommen nach Auszählung	Landesparteitag Bundesparteitag
G17	Diskriminierung in Bewerbungsverfahren erschweren!	Annahme in geänderter Fassung Enthaltungen / Gegenstimmen	SPD-LTF SPD-BTF
Ko1	Unser Land, unsere Zukunft – Erarbeitung eines Aktionsprogramm für ländliche Räume	Annahme 1 Enthaltung	Bezirksvorstand Landesvorstand
Ko2	Gute Nachbarschaft im Weserbergland – Interkommunale und regionale Zusammenarbeit	Erledigt durch Annahme Ko1	
Ko3	Ländliche Räume sind Zukunftsträume	Erledigt bei Annahme von Ko1	
Ko4	Always look on the bright side of life – Für eine Gleichbehandlung aller Feiertage	Ablehnung Annahme	
Ko5	Aktuelle Studien in die Entwicklung von Strategien kommunalpolitischer Gleichstellungspolitik einbeziehen	Annahme	Bezirksvorstand Landesvorstand SPD-LTF
Oo6	Mit uns zieht die neue Zeit – notwendige Reformen der SPD Niedersachsen	Annahme in der Fassung der Antragskommission	Bezirksvorstand Landesvorstand
Wo1	Teilhabe an der inklusiven Arbeitswelt	Annahme einstimmig	SPD-LTF SPD-BTF
Wo6	Gorleben soll leben – weiße Landkarte nur ohne Gorleben!	Erledigung durch Regierungshandeln Annahme	
S1	Änderung des Bezirksstatuts	Annahme mit drei Enthaltungen	

Die noch nicht beratenen Anträge wurden an den Bezirksbeirat überwiesen.

E | Europa

E01 – Annahme

Resolution: Europa – Jetzt neu anpacken. National-egoistische Tendenzen zurückdrängen

Mit der Gründung der Europäischen Union (EU) wurde der Grundstein für ein friedliches und solidarisches Europa gelegt. Die EU steht für gemeinsame Grundrechte, ist gelebte Demokratie und gehört zu unserem Alltag. Reisen ohne Grenzen, freier Binnenmarkt, der Euro, Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung aber auch gleiche, gute Standards z.B. im Umweltschutz und Sicherheitsnormen sind Ausdruck für unsere Gemeinschaft. Dies macht die EU weltweit zu einem positiven Beispiel grenzüberschreitender Zusammenarbeit und Kooperation.

Dennoch stand Europa noch nie vor so großen Herausforderungen wie heute. Die Wirtschafts- und Schuldenkrise dauert an. Armut und Arbeitslosigkeit wachsen. Heute sind bereits 26 Millionen Menschen in Europa arbeitslos, davon sechs Millionen im Alter von unter 25 Jahren. Das ist eine Jugendarbeitslosigkeit von 23 Prozent. Diese Situation darf nicht zur Tragödie Europas werden. Eine konservativ-liberale Mehrheit in der EU verschärft in Europa durch eine falsche und schlechte Politik die Lage und bringt die EU in Misskredit. National-egoistische Tendenzen nehmen zu.

Deswegen fordern wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine klare Kurskorrektur:

1. Die einseitige Austeritätspolitik verschärft die Rezession. Haushaltskonsolidierung und wachstumsstimulierende Investitionen sind zwei Seiten derselben Medaille. Ohne nachhaltiges Wachstum gibt es keine Arbeitsplätze; und ohne Arbeitsplätze keine Steuereinnahmen. Dazu brauchen wir eine Zins- und Kreditpolitik, die einen Spielraum für Investitionen ermöglicht, sowie einen entsprechenden EU-Haushalt, damit tatsächlich Investitionen und Anreize entstehen, um menschenwürdige Arbeitsplätze in Europa zu schaffen.
2. Angesichts der notwendigen Innovationen und Investitionen in Qualifizierung und Beschäftigung ist es nicht akzeptabel, dass die Bundesregierung in dem Bereich auf europäischer Ebene Kürzungen fordert. So eine Politik wirkt sich negativ auf die Strukturförderung in Niedersachsen aus. Hier wird das europäische Fördergeld dringend gebraucht. Gerade auch für den ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg wirken sich die von der Bundesregierung mitgetragenen Beschlüsse im Europäischen Rat nachteilig aus. Die Bundesregierung macht Politik gegen Niedersachsen.
3. Eine strenge Regulierung des Finanzmarktes ist überfällig. Neue Regeln für die Finanzmärkte, mehr Transparenz, eine europäische Bankenaufsicht, das Verbot von rein spekulativen Geschäftsmodellen, die Einführung der Finanztransaktionssteuer und eine Stärkung der Volks- und Raiffeisenbanken und Sparkassen als wirkliche Banken mit einer dienenden Funktion für die Wirtschaft. Konservative und Liberale haben hier stets blockiert.
4. Die Krise darf nicht zu weiterem Lohn-, Sozial- und Steuerdumping führen. Soziale Kriterien müssen genauso strikt eingehalten, kontrolliert und gegebenenfalls sanktioniert werden wie Haushaltsvorgaben. Nur so kann sichergestellt werden, dass nicht nur die Haushaltsdisziplin, sondern auch Beschäftigung und soziale Richtwerte gemessen werden. Jugendbeschäftigung, hochqualitative öffentliche Dienstleistungen, existenzsichernde Löhne, Zugang zu bezahlbaren Wohnungen, soziale Grundsicherung und Zugang zu essentiellen Gesundheitsleistungen, der Schutz grundlegender Sozial- und Arbeitnehmerrechte sowie gleiche Bezahlung und gleiche Rechte für gleichwertige Arbeit für alle gehören in das Zentrum der EU-Politik.
5. Immer noch gibt es bei den konservativ-liberalen Mehrheiten in Europa die Vorstellung, dass Wettbewerb per se und Deregulierungen positive Effekte bringen. Gerade angesichts der Erfahrungen mit dem unregulierten Finanzmarkt ist diese Vorstellung aber gescheitert und gehört auf den Müllhaufen der Geschichte und nicht in das Instrumentarium europäischer Politik. Zwangsliberalisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge oder der Bodenverkehrsleitungen auf Flughäfen sowie Einschränkung von Arbeitnehmerrechten dürfen nicht länger mit der EU-Politik verbunden sein.
6. Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft. Diesen Anspruch tragen wir auch nach außen in die Welt. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere eigenen Werte im Inneren respektieren. Verletzt ein EU-Mitgliedstaat wie Ungarn unsere europäischen Grundwerte, dann darf aufgrund parteipolitischer Verwobenheit nicht geschwiegen werden. Genauso selbstverständlich wie die EU die wirtschaftliche Entwicklung in den Mitgliedstaaten überwacht, muss

auch die Achtung der Grundwerte überprüft werden. Die Tolerierung der undemokratischen Entwicklung in Ungarn durch die konservativen Parteien inklusive CDU/CSU in Europa muss aufhören.

7. Seit einigen Jahren versuchen die konservativen Regierungschefs zunehmend Entscheidungen jenseits der demokratischen Strukturen der EU zu treffen und bewegen sich auf der abschüssigen Bahn des Intergovernmentalismus. Die in der EU verankerte Gemeinschaftsmethode ist nicht nur effizienter, sie ist auch demokratischer. Diese neue Unübersichtlichkeit, Entscheidungen hinter verschlossenen Türen, aus der Not geborene Rechtskonstrukte neben den Verträgen, unklare Kompetenzverteilungen, schafft Misstrauen und führt dazu, dass sich immer mehr Menschen von der EU abwenden. Diese Politik muss sofort beendet werden. Europa braucht klare und einfache, für die Menschen erkennbare und nachvollziehbare Strukturen. Wir werden nur dann das Vertrauen der Menschen zurück gewinnen, wenn wir vermitteln, wer was in der Politik entscheidet und verantwortet. Deshalb sind ein gestärkter Parlamentarismus und mehr demokratische Elemente auf nationaler und europäischer Ebene notwendig.

Um die Krise und die aufkommenden national-egoistischen Tendenzen zu bewältigen, brauchen wir eine andere, eine sozialdemokratisch geführte Politik in der EU. Denn nur wo Sozialdemokratie gelebt wird, kann soziale Gerechtigkeit und Solidarität das Resultat sein. Europa hat aber nur eine Zukunft in der Solidarität. Eine andere Politik in Europa kommt nur durch andere Mehrheiten in Europa zustande, im Europäischen Parlament, aber auch auf Seiten der Mitgliedsländer.

Mit der Bundestagswahl am 22. September 2013 wird entschieden, für welche Art der Politik Deutschland in Europa im Europäischen Rat und in den Ministerräten steht. Deutschland als größtes Land spielt in der EU eine besondere Rolle. Kein Gesetz kommt ohne Zustimmung aus Berlin zustande. Damit wird die Bundestagswahl im September auch zu einer Wahl über gute Politik in Europa.

Die Europawahl am 25. Mai 2014 ist die zweite Richtungswahl für Europa, mit der entschieden wird, in welche politische Richtung die EU in Zukunft steuert. Europa braucht eine starke SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag mit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung und eine starke sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass sich die politischen Mehrheiten in Deutschland und in Europa ändern. Nur dann wird auch die Europäische Kommission richtige Gesetzgebungsvorschläge machen und Martin Schulz als gemeinsamer Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokraten auch der Präsident der Europäischen Kommission werden können.

Jetzt ist es an uns, der politischen und wirtschaftlichen Verantwortung für Europa gerecht zu werden. Jetzt heißt es, anzupacken und offensiv Mitbürgerinnen und Mitbürger für ein anderes, ein soziales Europa zu mobilisieren.

B | Bildungspolitik

B01 – Annahme in geänderter Fassung

Gruppengröße in Kindergartengruppen

Die Gruppengröße ist in den Kindergartengruppen schrittweise von 25 auf 18 Plätze zu reduzieren bzw. der Personalschlüssel ist auf neun Kinder pro Erzieherin zu ändern. Betriebskostenzuschüsse hinsichtlich der Personalkosten sind an diesen Bedarf anzupassen.

B02 – Material für die SPD-Landtagsfraktion

Interessante Bildung: Vorgaben und Lehrpläne überprüfen

Die Vorgaben und Lehrpläne für niedersächsische Schulen sind zu überprüfen. Sie müssen Raum lassen für die Interessen der Schülerinnen und Schülern, sowie für regionalen Gegebenheiten.

B03 – Annahme

Transparenz der Drittmittelfinanzierung von Forschung an Universitäten

Der SPD-Bezirksparteitag fordert, Forschung an Universitäten finanziell so zu organisieren, dass eine inhaltliche Abhängigkeit von Drittmitteln aus der Wirtschaft nicht gegeben ist.

Es muss dafür Sorge getragen werden, dass eine der Wahrheitsfindung verpflichteten Wissenschaft durch den Einfluss von einzelnen Wirtschaftsunternehmen an den Universitäten nicht unterlaufen wird.

Wir fordern daher:

1. mehr unabhängige Grundmittelfinanzierung
2. Transparenz bei der Drittmittelforschung
3. Gremien an den Universitäten, die evtl. Interessenkonflikte prüfen

Die verantwortlichen Abgeordneten der SPD sind aufgefordert, sich in ihrem Bereich für diesen Beschluss einzusetzen.

I | Initiativantrag

101 – Annahme in der Fassung der Antragskommission

Naziaufmarsch in Bad Nenndorf verhindern – vielfältige Proteste unterstützen.

Der SPD-Bezirk Hannover unterstützt die friedlichen Proteste der Bad Nenndorferinnen und Bad Nenndorfer, sowie aller anderen Demokratinnen und Demokraten gegen den jährlichen Naziaufmarsche in Bad Nenndorf.

Seit 2006 versuchen Rechtsradikale und Neonazis Bad Nenndorf als Wallfahrtstätte zu etablieren. Alljährlich halten sie hier einen „Trauermarsch“ ab, den sie auch neuerdings einen „Marsch der Ehre“ nennen, der aber nichts anderes ist als eine Propagandafeier für die Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie. Dabei missbrauchen sie das Wincklerbad für ihre aktive Geschichtsfälschung, um die Gräueltaten des Nationalsozialismus zu relativieren. Bad Nenndorf droht inzwischen zu einem ihrer landes- und bundesweiten zentralen Aufmarschorte zu werden.

Gegen diese Aufmärsche hat sich in der Region um Bad Nenndorf und inzwischen darüber hinaus ein engagierter Widerstand gebildet. In den letzten Jahren hat es eine Vielzahl an kreativen und bunten Protestaktionen gegen Rechtsextremismus und Neonazis gegeben.

Die Geschichte der Sozialdemokratie zeigt: Für eine sichere und dauerhafte Demokratie müssen Demokratinnen und Demokraten gemeinsam gegen Faschismus streiten. Lassen wir uns spalten, nutzt das nur den Nazis.

Wir setzen alles daran, um diesen Widerstand vor Ort auch über die Region hinaus zu unterstützen.

Die SPD im Bezirk Hannover ruft ihre Mitglieder und alle Menschen in Niedersachsen dazu auf, sich an den friedlichen Protestaktionen am 3. August 2013 in Bad Nenndorf aktiv zu beteiligen.

Wir stehen für eine weltoffene, demokratische und solidarische Gesellschaft!
Gemeinsam gegen Nazis, Rechtsradikalismus, Rassismus und Antisemitismus!
Für diese Werte gehen wir in Bad Nenndorf gemeinsam auf die Straße.

F | Finanzpolitik

F01 – Annahme mit Änderungen

Nachhaltige Finanzpolitik gestalten: Kräfte bündeln, Handlungsfähigkeit sichern

Die neoliberale Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik einer Vielzahl von Regierungen hat in der abgelaufenen Dekade europaweit für eine Aushöhlung staatlicher Handlungsfähigkeit gesorgt. Ein fortgesetzter länderübergreifender Steuerdumping-Wettbewerb führte nicht nur zu einer wachsenden steuerlichen Ungerechtigkeit, sondern auch zu Privatisierungstendenzen mit dem Trend des Rückzugs staatlicher Ebenen aus der öffentlichen Finanzierung und Verantwortung für Aufgaben und Leistungen, die im öffentlichen Interesse stehen. Durch den Verlust an staatlicher Handlungsfähigkeit gerät nicht nur der soziale Frieden in Gefahr, sondern schwindet zugleich das Vertrauen in die Wirksamkeit politischen Handelns und damit letztlich auch in die Demokratie.

Zu der neoliberalen Austeritätspolitik gesellte sich speziell in Deutschland die Begrenzung der politischen Handlungsfähigkeit durch die einseitige Einführung einer Schuldenbremse im Grundgesetz, ohne dass zugleich die auskömmliche Finanzierung der Staatsaufgaben durch gerechte Steuern sichergestellt wurde. Die Schuldenbremse ist heute Verfassungsrealität – wir müssen ihre Gültigkeit zur Kenntnis nehmen und als Vorbedingung für politisches Handeln akzeptieren. Was wir allerdings nicht hinnehmen, ist die weitere Ungerechtigkeit in der Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Deswegen fordern wir eine nachhaltige Finanzpolitik, die Einnahmen und Ausgaben sowie Aufgaben und Subsidiarität eben auf allen Ebenen im politischen Diskurs bündelt.

Dabei muss vor allem das Zusammenwirken der finanzpolitischen Herausforderungen auf allen Ebenen betrachtet werden.

- 2019 läuft der geltende Länderfinanzausgleich aus. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Neuregelung am Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet festhält. Die Steuer- und Finanzkraft und die damit einhergehende Leistungsfähigkeit einiger Länder muss auch weiterhin in die kollektive Solidarität aller Länder münden. Zugleich lehnen wir einen Steuerwettbewerb zwischen den Ländern, z.B. durch Einführung eines Hebesatzrechtes auf die Einkommensteuer, ab.
- 2019 endet ebenfalls der laufende Solidarpakt II. Wir unterstützen die Bemühungen für einen „Solidarpakt III“, der als langfristig angelegtes Bundesprogramm bestehende infrastrukturelle Nachteile durch zielgerichtete Investitionen ausgleicht. Die Mittelverteilung soll dabei nicht mehr nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedürftigkeit, Notwendigkeit und Nachhaltigkeitskriterien organisiert werden.
- Der mehrjährige Finanzrahmen der EU für die Jahre 2014-2020 wird zurzeit verhandelt. Wir fordern die Bundesregierung auf, dass die Strukturfondsförderung, die Forschungsförderung und die Förderung der ländlichen Räume nicht wie geplant zurückgefahren werden. Insbesondere fordern wir, dass die innerdeutschen Übergangsregionen bei einer Folgeförderung gleichberechtigt werden – dies betrifft bei uns insbesondere die Region Lüneburg.

Zur Bearbeitung dieser finanzpolitischen Herausforderungen ist ein neuer Anlauf für eine Föderalismusreform III erforderlich, die Aufgaben, Einnahmen und Ausgaben des Gesamtstaates im Kontext der verfassungsrechtlich geltenden Schuldenbremse und der Notwendigkeit der Stärkung der Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte verhandelt und alle staatlichen Ebenen beteiligt. Deswegen unterstützen wir die Einrichtung einer neuen Föderalismuskommission, die sich aus VertreterInnen von Bund, Ländern und Kommunen zusammensetzt, um entsprechend zu verhandeln.

F02 – Material für die SPD-Landtagsfraktion

Rückführung zweckentfremdeter „freiwilliger Pensionsrückstellungen“

Die Landtagsfraktion der SPD in Niedersachsen wird aufgefordert, sich für die Rückführung der durch die CDU-FDP-Landesregierung zweckentfremdeten „freiwilligen Pensionsrückstellungen“ in Höhe von 500 Millionen EURO im Landtag einzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass dieser Betrag bis zum Ablauf der jetzt begonnenen Legislaturperiode wieder im Haushalt eingestellt und die Regelung auch zukünftig fortgesetzt wird.

G | Gesellschaft, Gesundheit, Soziales

Go1 – Annahme in geänderter Fassung **Nutzung von Produkten aus artgerechter Haltung**

Bei allen Veranstaltungen der SPD sollten im Hinblick auf die Problematik der Massentierhaltung möglichst Produkte aus artgerechter Tierhaltung und regionale Produkte verwendet werden. Eine entsprechende Empfehlung ergeht an alle Gliederungen des SPD-Bezirks Hannover.

Go2 – Annahme in geänderter Fassung **Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

Aufklärungsarbeit gegen Homo- und Transphobie wird als Bildungsaufgabe an Schulen kaum wahrgenommen, deshalb wollen wir ehrenamtlich arbeitende Schulaufklärungsprojekte, welche dieses Defizit an unseren Schulen durch Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen ausgleichen, fördern.

Wir werden ein bundesweites Netzwerk dieser lokalen Aufklärungsprojekte finanziell und ideell unterstützen, um so einen nachhaltigen Austausch, gemeinsame Fortbildungen und daraus resultierende Qualitätsstandards zu ermöglichen, den Aufbau neuer Projekte zu fördern und so die Reichweite dieser Arbeit zu erhöhen.

Go3 – Annahme **Beseitigung des generellen Blutspendeverbots von homo- und bisexuellen Männern**

Wir fordern die Beseitigung des grundsätzlichen Ausschlusses von homo- oder bisexuellen Männern bei der Blutspende. Die im Fragebogen für Blutspenden vorhandene Frage zur Sexualität und der daraufhin folgende Ausschluss sind nicht mehr zeitgemäß und stellen eine Diskriminierung von Homosexuellen Männern dar.

Wir erachten zudem eine allgemeine Fragestellung auf die sexuelle Aktivität der Blut spendenden Person ohne eine Geschlechterspezifikation als sinnvoll. Die Bundesärztekammer ist aufzufordern, ihre Richtlinien bezüglich der Blutspende dahingehend zu verändern.

Go5 – Annahme in geänderter Fassung **Kostenabrechnung über Fallpauschalen in der Palliativmedizin**

Der SPD-Bezirk Hannover fordert eine Rücknahme der Entgeltreduzierung bei der stationären Palliativmedizin. Damit wird die Arbeit besonders in Einrichtungen der spezialisierten stationären Palliativversorgung gefährdet. Es muss ausgeschlossen werden, dass Palliativstationen und mobile Teams (Konsiliardienste) in Krankenhäusern aus ökonomischen Gründen von der Schließung bzw. der Auflösung bedroht sind.

Go8 – Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion **Überprüfung von Hygieneregeln**

Die bestehenden Hygieneregeln für alle organischen Dünger im Düngerecht müssen hinsichtlich ihrer tatsächlichen Schutzwirkung überprüft und angepasst werden. Dabei müssen aktuelle wissenschaftliche Kenntnisse über die Belastungssituation aller Dünger erarbeitet werden, um gesetzliche Regelungen zu Hygieneaspekten im Düngerecht ändern bzw. anpassen zu können.

Im Frühjahr 2011 forderte die „EHEC – Situation“ 60 Todesopfer. Weiterhin treten vermehrt MRSA – Erreger und ESBL – Erreger (antibiotikaresistente Bakterien) auf und fordern in Krankenhäusern immer mehr Todesopfer.

Vor diesen Hintergrund müssen wir eine Verwertung der unterschiedlichsten organischen Substrate aus seuchen- und umwelthygienischer Sicht hinterfragen.

Im Sinne des vorbeugenden Infektionsschutzes sollten organische Dünger daher nicht ohne vorherige Hygienisierende Behandlung in der Landwirtschaft oder im Landschaftsbau verwertet werden.

G09 – Annahme in der Fassung der Antragskommission und Prüfauftrag an die SPD-Landtagsfraktion **Rückführung der Landeskrankenhäuser in die öffentliche Hand**

Das Land Niedersachsen bleibt als Gewährsträger in der Pflicht, die Versorgungsqualität im Bereich der (stationären) Psychiatrie sicher zu stellen. Der Versorgungsauftrag und die Versorgungsqualität müssen nachhaltig auf hohem Niveau erhalten bleiben und Ressourcen nicht durch Gewinnentnahme oder Weiterveräußerung den Krankenhäusern entzogen werden.

G10 – Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion **Das Ehrenamt tatsächlich würdigen - für eine bessere Stellung in der Gesellschaft**

Die SPD auf Landes- und Bundesebene wird aufgefordert, sich grundlegend Gedanken für eine bessere Stellung des Ehrenamts in der Gesellschaft zu machen und konkrete Schritte zur Verbesserung der jetzigen Situation zu unternehmen.

G11 – Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion **MRSA-Vorsorgeprogramm**

(MRSA = multiresistente Keime - Methicillin-resistenter Staphylococcus aureus)

Der Bund oder das Land Niedersachsen wird aufgefordert, ein normiertes Screening-Verfahren für MRSA Erkennung mit der entsprechenden Kostenübernahme durch die Krankenkassen zu beschließen. Neben dem Screening ist als weitere Vorsorge zur Keimfreiheit ein Desinfizierungsprogramm für die Hände einzuführen, damit diese als Übertragungsquelle ausgeschlossen werden. Auch hier sind die entstehenden Kosten von den Krankenkassen zu tragen.

G12 – Annahme **„Pille danach“ freigeben – Unnötige Hürden abbauen**

Wir fordern die Freigabe der „Pille danach“ zum freien Verkauf in Apotheken. Die bestehende Rezeptpflicht ist abzuschaffen.

G13 – Annahme in der Fassung der Antragskommission und Änderung **Bedürfnissen von Opfern schwerer Gewalt Rechnung tragen – Für eine Einschränkung von gerichtlichen Absprachen**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, bei schweren Gewalt- und Sexualverbrechen eine Verständigung so zu regeln, dass neben Staatsanwaltschaft und Beschuldigten auch der Nebenkläger dem zustimmt.

G14 – Annahme

SPD – Familienfreundlichkeit in der Partei verbessern

Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und politischem Engagement muss verbessert werden. Unser Ziel ist es, die Familienfreundlichkeit innerhalb der Partei zu verbessern. Der SPD-Bezirk Hannover kann hier Vorreiter sein und wieder mehr Menschen mit Betreuungsverantwortung für Kinder oder Pflegebedürftige in die Parteiarbeit integrieren. Noch viel zu oft fällt es Eltern – vor allem aber Müttern – sowie Frauen und Männern, die Angehörige pflegen, zeitlich schwer, sich an der Parteiarbeit zu beteiligen. Dies wollen wir ändern.

Wichtig ist es dabei, die Parteimitglieder mit Betreuungsverantwortung für Kinder und/oder Pflegebedürftige nach ihren Wünschen und Vorschlägen zu befragen, um ihnen eine aktive Parteiarbeit zu ermöglichen bzw. zu erleichtern. Zielführend könnte beispielsweise auch das Angebot von Kinderbetreuung während der Parteitermine sein, so dass auch Alleinerziehende die Möglichkeit zur politischen Mitwirkung haben.

Die Diskussion über die konkret passenden Maßnahmen für mehr Familienfreundlichkeit in der SPD soll in den einzelnen Parteigliederungen geführt werden. Beispielgebend könnte hier das „Innovationsprojekt Familienfreundlichste Partei des Unterbezirks Region Hannover“ sein. Im Bezirk wollen wir einen Leitfaden für eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und politischem Engagement entwickeln.

G15 – Annahme

Frauenförderung im Bezirk Hannover intensivieren

Mit Blick auf die Kommunalwahl 2016 und die Landtagswahl 2018 wird der Bezirk Hannover die Unterbezirke, die Arbeitsgemeinschaften und die Ortsvereine unterstützen, um die Zahl der weiblichen Kandidatinnen zu steigern. Ziel ist es die Zahl der kommunalen Mandatsträgerinnen zu steigern und zur Landtagswahl 2018 in zwei von drei „unbesetzten“, insbesondere aussichtsreichen Wahlkreisen Kandidatinnen aufzustellen. Ein Schwerpunkt ist dabei die Förderung von Kandidatinnen unter 45 Jahren. Der Bezirksvorstand wird dazu in Absprache mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten einen Aktionsplan bis April 2014 erarbeiten und umsetzen.

Alle Ortsvereine, denen es gelungen ist, den Anteil von Frauen in Funktionen und Mandaten in den letzten Jahren zu steigern, sind aufgerufen, ihre Beispiele zu dokumentieren und anderen verfügbar zu machen. Der Bezirk wird diesen Informationsaustausch unterstützen.

Die Unterbezirksvorstände werden aufgefordert rechtzeitig alle Ortsvereine und Abteilungen über die Anwendung der Quotenregelung zur Kommunalwahl 2016 zu informieren und auf die satzungsrechtliche Möglichkeit der Suspendierung der Aufstellung hinzuweisen.

G16 – Annahme in der Fassung der Antragskommission

Resolution: Gegen Sexismus und Diskriminierung – für respektvollen Umgang zwischen Frauen und Männern in der SPD

Die in den vergangenen Monaten geführte Debatte über sexistische Äußerungen von Politikern gegenüber Journalistinnen hat das überwunden geglaubte Thema der Diskriminierung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts durch herabwürdigende, sexuell motivierte Äußerungen und Verhalten erneut in den Fokus gerückt.

Wir wollen, dass sich die SPD solchem Verhalten aktiv entgegenstellt! Wir wollen erreichen, dass die Mitglieder und Gremien der SPD im Bezirk Hannover und ihre Funktionäre

- das Thema „Sexismus“ aufgreifen und sich klar gegen jede Form von Verächtlichmachung von Frauen, sei es verbal, durch Gesten, Redewendungen oder Herstellung von sexualisierten Zusammenhängen wenden,
- Sensibilität gegenüber offener und versteckter Diskriminierung entwickeln,
- Hinweise auf sexistisches Verhalten ernst nehmen und nicht diejenigen verunglimpfen, die darauf hinweisen oder sich davon betroffen fühlen,

- Anspielungen auf Sexualverhalten und körperliche Erscheinung in herabwürdigender, kompromittierender Form ächten,
- in jeder Form der Kommunikation – auch in Formen von Social media - und Veranstaltungen einen respektvollen Umgang miteinander anstreben,
- dominantes, männliches Redeverhalten thematisieren und durch persönliche Verhaltensänderungen sowie strukturelle Vorkehrungen (u.a. quотиerte Redelisten, Begrenzung von Redezeiten, gendergerechte Sprache, mehr Beteiligung von Frauen bei Veranstaltungen) vermeiden,
- auf geschlechtersensible Verhaltensweisen – z. B auch auf ungewollte körperliche Übergriffe beim verbreiteten „social kissing“ - achten und einüben, dies insbesondere bei Abhängigkeitsverhältnissen zwischen Genossinnen und Genossen.

G17 – Annahme in geänderter Fassung **Diskriminierung in Bewerbungsverfahren erschweren!**

Auf dem Weg zu einer diskriminierungsfreien Behandlung von Bewerbungen in Deutschland ist es für uns Ziel, dass

1. mehr Bewerbungsverfahren dahingehend anonymisiert werden sollen, dass im schriftlichen Bewerbungsteil Daten zu Name, Geschlecht, Alter, Wohn- und Geburtsort, Religionszugehörigkeit, Familienstand, Nationalität sowie Fotos in der Bewerbung nicht enthalten sein dürfen.
2. Schulabschlüsse ohne Angabe der Ausbildungsstätten aufgeführt werden sollen.
3. im Lebenslauf alle Zeitangaben in Anzahl der Jahre (x Jahre) und nicht in Zeiträumen (tt.mm.jjjj – tt.mm.jjjj) angegeben werden sollen.
4. Kontaktdaten, falls nicht ausreichend anonymisiert (siehe 1.), den über die Bewerbung entscheidenden Personen nicht vor Abschluss der schriftlichen Bewerbungsphase zugänglich sein dürfen.
5. sowohl Bewerbungsverfahren für BeamtInnen und den öffentliche Dienst als auch in der Privatwirtschaft hiervon betroffen sein sollen.

K | Kommunal- und Landespolitik

K01 – Annahme

Unser Land, unsere Zukunft – Erarbeitung eines Aktionsprogramms für ländliche Räume

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Zukunft unserer ländlichen Räume positiv gestalten. Dafür wollen wir die inhaltlichen Grundlagen legen – und auch die Basis schaffen, um bei Wahlen in ländlichen Räumen erfolgreich zu sein. Der SPD-Bezirk Hannover wird deswegen die kommenden zwei Jahre nutzen, um ein Aktionsprogramm für den ländlichen Raum zu entwickeln. Dabei sollen beispielhaft die Konzepte und Überlegungen zum Südniedersachsenplan zu Entwicklungen im Weserbergland und im Bereich Uelzen / Lüchow-Dannenberg, der Metropolregion Hamburg und anderen Teilregionen mit ihren spezifischen Bedürfnissen in die Diskussion einbezogen werden. Den Auftakt dazu soll eine entsprechende Fachtagung bilden, der Beschluss des Aktionsprogramms soll auf dem nächsten ordentlichen Bezirksparteitag erfolgen.

K05 – Annahme

Aktuelle Studien in die Entwicklung von Strategien kommunalpolitischer Gleichstellungspolitik einbeziehen

Die Beendigung der deutschlandweit üblichen Unterrepräsentanz von Frauen in Kommunalvertretungen ist ein wichtiges gleichstellungspolitisches Ziel. Die Niedersächsische Landesregierung strebt eine sachlich begründete und zielorientierte Chancengleichheitspolitik an, die sich auf gesicherte Datenlagen stützt. Zur Verwirklichung dieser Chancengleichheitspolitik ist die Mitwirkung der Parteien erforderlich, denn sie wirken an der politischen Willensbildung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit.

Die Gleichstellungspolitik im SPD-Bezirk Hannover und im SPD-Landesverband Niedersachsen sollte sich daher an der Gleichstellungspolitik der aktuellen Landesregierung orientieren. Ein Baustein bei der Entwicklung von Strategien kommunalpolitischer Gleichstellungspolitik sollten folglich ebenfalls die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen aktueller Studien und Datenerhebungen sein. Hierzu zählen der „Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Niedersachsen“ (Nds. Ministerium für Familie, Soziales, Frauen, Gesundheit und Integration), die von der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg in Auftrag gegebene Studie „Ursachen für die Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik - Befunde und Handlungsempfehlungen“ und die Studie des Bundesfamilienministeriums „Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen“. Sie sollten, zusätzlich und begleitend zu anderen innerparteilichen gleichstellungspolitischen Aktionen, Überlegungen und Maßnahmen, aufbereitet werden und in die gleichstellungspolitische Arbeit aller niedersächsischen SPD-Gliederungen mit einfließen.

Die SPD im Bezirk Hannover wird die Daten zum Zwecke ihrer gleichstellungspolitischen Arbeit analysieren und verwenden. Es wird hierbei eine Zusammenarbeit mit der SPD-Landtagsfraktion, der Landesregierung, dem SPD-Landesverband und den anderen SPD-Bezirken, mit Vertreterinnen und Vertretern der niedersächsischen Kommunen und ggfs. den sich innerhalb der Bevölkerung zum Zwecke der Chancengleichheit mit der Thematik auseinandersetzen Personen, Gruppen/Gruppierungen und Parteien angestrebt.

Die in den Studien speziell an Parteien gerichteten Vorschläge, wie das Anbieten niedrigschwelliger Formen der Mitarbeit, das Ansprechen von Frauen als externe Expertinnen, die quotierte Einladung von Vereinen, die Verbesserung der Sitzungsleitung, ein effektiveres Zeitmanagement der Sitzungen, die offene und transparente Gestaltung von Nominierungsprozessen, das Anbieten von Kinderbetreuung, werden auf ihre Eignung als sinnvolle Instrumente geprüft und ggfs. eingeführt bzw. beibehalten, falls bereits angewendet.

O | Organisationsfragen

Oo6 – Annahme

Mit uns zieht die neue Zeit – Parteiorganisation weiterentwickeln

Die SPD im Bezirk Hannover wird die Diskussion um die Weiterentwicklung der Partei zu folgenden Positionen wieder aufnehmen:

1. Der Landesparteirat muss nach dem Vorbild des Bundesparteikonvents weiter entwickelt werden. Er muss ein Beschlussgremium der Landespartei werden und zwischen den Parteitag mindestens halbjährlich tagen.
2. Landesparteitage müssen Zeit für Reden, Wahlen, Diskussionen und Abstimmungen ermöglichen und die politische Willensbildung in den Mittelpunkt stellen. Dieser Anspruch ist in einer Satzung zu konkretisieren. Deshalb wollen wir, dass Landesparteitage möglichst zweitägig stattfinden.
3. Die personelle Verflechtung von geschäftsführenden Bezirksvorständen, dem Landesvorstand bzw. seinem Präsidium und dem Fraktionsvorstand muss verringert werden. Der Landesvorstand sollte dazu in einem ersten Schritt sichtbar machen, wie diese Verflechtung ausgestaltet ist und Maßnahmen vorschlagen, die ihr entgegen wirken.
4. Die Juso-Landesebene benötigt eine hauptamtliche politische Geschäftsführung, sofern dies finanziell darstellbar ist. Diese Geschäftsführung sollte auf der Basis eines mit der Landespartei abgestimmten Konzepts arbeiten. Neben der Verwaltung der VPJ-Mittel sollte das Konzept auch auf die Förderung der Mitgliedschaft und des Engagements von Frauen und jungen Menschen in der SPD abzielen. Dies ist mit Konzepten des Bezirks möglichst zu verzahnen.

W | Wirtschaftspolitik

Wo1 – Annahme

Resolution: Teilhabe an der inklusiven Arbeitswelt

Die Zahl der Menschen mit Behinderungen steigt stetig an. Ende 2011 lebten allein in Niedersachsen 658 084 schwerbehinderte Menschen.

Auch die Zahl der erwerbslosen Menschen mit Behinderung erhöht sich weiter.

Die derzeitigen Bemühungen den allgemeinen Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen zugänglich zu machen scheitern. Immer noch werden Menschen mit Behinderungen selektiert, weil sie auf keinen Arbeitsplatz „zu passen“ scheinen.

Wir wollen in Partei und Gesellschaft einen Perspektivwechsel vollziehen, weg von einem „arbeitsplatzkonformen Behinderten“ hin zu einem Arbeitsmarkt der Chancen und zu einem Denken, dass ein Arbeitsplatz auf die individuellen Bedürfnisse und Erfordernisse des Menschen ausgerichtet sein muss. Diese grundsätzliche Betrachtung umfasst ebenso die steigende Arbeitsbelastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die oft durch psychische Erkrankungen zum Ausdruck kommt.

Aus diesem Grund mögen die Delegierten dieses Parteitages sich den folgenden Punkten anschließen:

Wir fordern

- eine Überprüfung der Wirksamkeit der Instrumente Beschäftigungspflicht/-quote (differenziert nach Grad der Behinderung) und Ausgleichsabgabe. Wir wollen die Verpflichtung von Unternehmen, mehr inklusive Arbeitsplätze zu schaffen, verstärken.
- die Vergabe staatlicher Aufträge ausschließlich an Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die die Beschäftigungspflichtquote erfüllen.
- Mehr und bessere Fort- und Weiterbildungen von Arbeitsvermittlerinnen und –vermittlern;
- Informationen für Handwerk und Wirtschaft über Möglichkeiten der finanziellen und technischen Förderungen von Bund, Ländern und Kommunen;
- die Anzahl und Qualität der gesetzlichen Hilfen für Arbeitnehmerinnen und -nehmern mit Behinderung durch eine aktive Ausweitung im Sinne einer inklusiven Arbeitswelt zu erhöhen;
- die Ausweitung des „Persönlichen Budgets für Arbeit“ zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt;
- angepasste Förderinstrumente für Ausbildungsbetriebe, die spezifischen Erfordernissen von Auszubildenden mit einer Behinderung Rechnung tragen;
- einen Schwerpunkt im Aktionsprogramm des Landes zur inklusiven Arbeitswelt.

Wo6 – Erledigung durch Regierungshandeln

Gorleben soll leben – weiße Landkarte nur ohne Gorleben!

Die Freude über die Abwahl der schwarz-gelben Koalition und die Übernahme der Regierung durch einen Sozialdemokraten wird in der Thematik der Entsorgung atomarer Abfälle erheblich getrübt. Die SPD Uelzen/Lüchow-Dannenberg bedauert, dass sich der kleiner Koalitionspartner mit seiner Forderung nach einem Verbleib des Standortes Gorleben in einem zukünftigen Suchverfahren durchsetzen konnte. Nunmehr gibt es eben doch keine weiße Landkarte sondern als Menetekel einer verfehlten Politik der vergangenen Jahrzehnte ragen die Türme des Erkundungsbergwerkes über jede weitere Diskussion und lenken den Blick mit den milliardenschweren Fehlinvestitionen immer wieder auf den Standort Gorleben.

SPD-Bezirk Hannover | Beschlüsse vom ordentlicher Bezirksparteitag am 8. Juni 2013

Die in den letzten Tagen durch alle Medien verbreiteten, positiven Meldungen über einen vermeintlichen Jahrhundertkompromiss und Durchbruch in der Endlagerfrage erinnern fatal an die Zeit des ersten Atomkonsenses als es ähnliche Jubelmeldungen gab. Die Vergänglichkeit der damaligen Vereinbarungen ist hinreichend bekannt, auch wenn die damaligen Verlautbarungen zum Beispiel von Jürgen Trittin erstaunliche Ähnlichkeiten zu seinen heutigen aufweisen.

Schon jetzt zeigt sich in einer erstaunlichen Klarheit, dass es bei einer Reihe von Bundesländern nicht einmal die Bereitschaft gibt, mit der Aufnahme von zukünftigen Castor-Transporten ihren Beitrag zur Realisierung der jetzt getroffenen Vereinbarungen zu erbringen. Sehr schnell wird sich zeigen, ob die Haltung der Nds. Landesregierung Vereinbarungen nur dann zuzustimmen, wenn es keine Castor-Transporte nach Gorleben mehr geben wird, tragfähig bleibt oder ob auch hier bisherige Positionen aufgegeben werden. Schon heute gibt es aus dem schwarz-gelben Lager Anträge in Landesparlamenten, die Castor-Einlagerungen in diesen Ländern ablehnen. Auch wenn diese Anträge an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten sind wird die Entwicklung aufmerksam zu beobachten sein.

Die SPD Uelzen/Lüchow-Dannenberg hat in den vergangenen Jahren unter anderem mit einem eigenen Camp an der Transportstrecke deutlich und klar Position gegen die Castor-Transporte bezogen. Sie wird das mit Nachdruck fortsetzen wenn es zu weiteren Transporten in das Zwischenlager kommen sollte.

Auf Initiative der SPD Uelzen/Lüchow-Dannenberg hat es auf Landes- und Bundesebene Beschlüsse auf Parteitag gegeben, die eindeutig verlangen, dass der Standort Gorleben aus natur- und gesellschaftswissenschaftlich fundiert vorgebrachten Gründen bei einer zukünftigen Endlagersuche nicht mehr berücksichtigt werden darf. Der Parteitag stellt fest, dass sich sowohl der Landes- als auch der Bundesvorsitzende der Partei nicht an diesen Beschluss halten. Mag das auf der Landesebene durch den Druck des kleinen Koalitionspartners noch erklärbar sein, ist es auf der Bundesebene nicht akzeptabel, wie leichtfertig über diesen Beschluss hinweggegangen wird.

Die SPD Uelzen Lüchow-Dannenberg wird weiterhin jede Gelegenheit nutzen um ihrem Protest gegen die falsche Einbeziehung dieses Standortes in eine Endlagersuche Ausdruck zu verleihen.

Solange Gorleben explizit als weiterer Standort für ein atomares Endlager geführt wird ist der Region Lüchow-Dannenberg bei der Zusammensetzung einer Kommission und der Durchführung des Verfahrens ein besonderer Status einzuräumen, der es den Kommunen ermöglicht das Verfahren ggf. mit eigener fachlicher Expertise zu begleiten. Dazu sind dem Landkreis ausreichende Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

ausnahmslos auf die Investitionen aus den Regionalisierungsmitteln zurückzuführen und nicht auf den Betrieb durch private SPNV-Unternehmen. Fest steht ebenfalls, dass die Deutsche Bahn im bisherigen Verfahren für die Streckenvergabe vor allem durch höhere Personalkosten benachteiligt ist. Diese Mehrkosten ergeben sich u.a. daraus, dass bei der DB immer noch ein Großteil der Beschäftigten verbeamtet sind, die Tarifstruktur höher ist als bei den privaten KonkurrentInnen und dass der Altersdurchschnitt bei der DB Regio bei über 50 Jahren liegt.

Fakt ist, dass der SPNV an sich nicht lukrativ ist und nur durch den Zuschuss von Steuermitteln für die Verkehrsunternehmen eine Gewinnspanne entsteht. Es ist daher zurzeit praktisch so, dass das Land Niedersachsen mit Steuergeldern Unternehmen subventioniert, die teilweise weit unter dem Niveau der Deutschen Bahn bezahlen, deren Gewinne in private Hände fließen und die teilweise ihren Unternehmenssitz außerhalb Niedersachsens haben und somit auch nicht in Niedersachsen ihre Steuern bezahlen.

Im Gegensatz dazu zeichnet sich die Deutsche Bahn dadurch aus, dass sie in Niedersachsen (noch) vielerorts Standorte wie bspw. Werkstätten betreibt, viele ältere ArbeitnehmerInnen beschäftigt und ihre Gewinne der öffentlichen Hand zugutekommen, womit wiederum in den Schienenverkehr investiert werden kann.

Wir fordern daher die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion auf, mit dem stumpfen Liberalisierungskurs der ehemaligen CDU/FDP-Regierung zu brechen und sich für ein neues Vergabeverfahren einzusetzen, dass nicht nur den ökonomischen Nutzen und die Tariftreue im Blick hat, sondern auch die langfristigen Interessen Niedersachsens und seiner Regionen berücksichtigt und die DB Regio AG als Teil des Staatskonzerns Deutsche Bahn bevorzugt.

S | Satzung

S1 – Annahme

Änderung des Bezirksstatuts

§ 23

- (1) Für die Bestimmung der Kandidatinnen und Kandidaten für Kommunalvertretungen und Parlamente gelten für die Einberufung, Beschlussfähigkeit und die Ermittlung der Delegiertenzahlen grundsätzlich die Vorschriften dieser Satzung mit der Maßgabe, dass abweichend von § 9 Absatz 1 Ziffer 6 alle Delegierten für die Landesvertreterversammlungen in den Unterbezirken gewählt werden. Soweit die Wahlgesetze und Satzungen nicht entgegenstehen, können die zuständigen Vorstände beschließen, dass Kandidatinnen und Kandidaten für Gemeindevertretungen, ein Direktwahlamt oder Parlamente von Vollversammlungen aufgestellt werden.

- (1a) Für die Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für das Europaparlament werden die Delegierten zu einer Bundesvertreterversammlung in einer Bezirksvertreterversammlung gewählt. Diese setzt sich aus 50 in den Unterbezirken zu wählenden Delegierten zusammen.